

Hartz IV

„Für eine bedarfsdeckende sanktionsfreie Grundsicherung müssen Regelsätze deutlich erhöht werden.“
Marjana Schott | Seite 3



Wohnungssituation für Studierende spitzt sich zu

Landesregierung muss deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen



Foto: maseikoo99, istockphoto.com

Zu Beginn des Wintersemesters suchen erneut tausende Studierende in den Universitätsstädten nach einer bezahlbaren Bleibe. Allerdings gibt es in Hessen gerade einmal für sechs Prozent der fast 250.000 Studierenden Plätze in Studie-

rendenwohnheimen. Hessen ist damit seit Jahren eines der Schlusslichter im bundesdeutschen Vergleich. Der bundesdeutsche Durchschnitt bei der Versorgung mit Wohnheimplätzen liegt bei 9,6 Prozent. Diese Zahlen zeigen einmal

mehr, was in den letzten Jahren versäumt wurde. Es ist seit langem bekannt, dass die Studierendenzahlen stark ansteigen werden. Und es war klar, dass dies den Mangel an bezahlbarem Wohnraum noch weiter verstärken wird. Die Landes-

regierungen der letzten Jahre haben nicht nur den sozialen Wohnungsbau vernachlässigt, sondern auch den Bau von Studierendenwohnheimen.

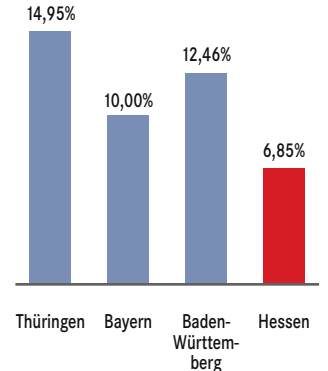
In Frankfurt bietet das Unternehmen The FIZZ im Stadtteil Gallus Studierendenwohnungen mit Mieten zwischen 557 und 817 Euro an, bei Wohnraumgrößen von 18 bis 23 Quadratmetern. Die BAföG-Wohnkostenpauschale liegt bei 250 Euro. Das bedeutet, selbst die günstigste Wohnung in diesem Objekt im Stadtteil Gallus ist doppelt so teuer wie die Wohnkostenpauschale für Studierende.

Auch das Deutsche Studentenwerk weist darauf hin, dass Studierende keine solchen Luxusapartements brauchen, sondern bezahlbaren Wohnraum.

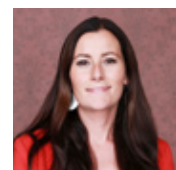
RECHT AUF WOHNEN UMSETZEN

Gerade Studierende aus Familien mit niedrigem Einkommen haben es ohnehin sehr schwer überhaupt an eine Hochschule zu kommen. Sie sind ganz besonders auf eine gute soziale Infrastruktur, auf ausreichend finanzierte Studentenwerke, auf genug Wohnheimplätze und bezahlbares Mensaessen angewiesen.

WOHNHEIMPLÄTZE FÜR STUDENTEN – VERSORGUNGSQUOTEN



DIE LINKE-Fraktion hat in den letzten Jahren immer wieder die Schaffung von 2.000 neuen Studierendenwohnungen pro Jahr gefordert. Entsprechende Haushaltsanträge wurden von CDU, FDP und Grünen abgelehnt. Wäre diese Forderung umgesetzt worden, wäre die Situation heute anders. Viele Erstsemester hätten einen unbeschwerteren Start ins Studium.



Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Hessischen Landtag

SOS – Seepferdchen in Not

Schwimmbadsterben in Hessen

44 Schwimmbäder sind in Hessen seit dem Jahr 2000 geschlossen worden. Das meldete die Hessenschau im September 2016. Betroffen sind hiervon hauptsächlich Hallenbäder. Zahlen aus dem Jahr 2014 belegen, dass weitere 48 Schwimmbäder von der Schließung bedroht sind. Aus diesem Grund verwundert es nicht, dass ein Drittel der Kinder in Hessen nach der Grundschule nicht oder nur unsicher schwimmen können. Folge der Schließungen sind steigende Nicht-Schwimmerzahlen und damit ein ge-

stiegenes Risiko bei Badeunfällen zu ertrinken.

Damit hängt auch der deutliche Rückgang der Zahl der Schwimmprüfungen zusammen. Innerhalb von zwölf Jahren sind diese von 130.000 pro Jahr auf nur noch rund 76.000 zurückgegangen. Eindringlich warnt daher Achim Wiese, DLRG-Sprecher im September in der Zeitschrift „junge welt“: „Wenn nicht endlich ein Umdenken einsetzt, müssen sich die Kommunen in ein paar Jahren die Schuld dafür geben lassen, dass bei ihnen die Kinder ertrinken.“

Der Landessportbund fordert in diesem Zusammenhang einen Schwimmbadbonus für Städte und Gemeinden zu gewähren, damit diese ihre Schwimmbäder erhalten. Zunächst klingt dieser Vorschlag gut. Doch bleibt dann die Frage, was mit den ebenfalls von Schließung bedrohten Bibliotheken oder Volkshochschulen geschehen soll.

Einen Bonus für die von Schließung bedrohten Schwimmbäder kann daher keine Lösung sein. Vielmehr müsste die kommunalfeindliche Finanzpolitik der CDU-Grüne-Landes-



Foto: Christopher Futscher, istockphoto.com

Nur noch ein Drittel aller Kinder kann nach dem Besuch der Grundschule sicher schwimmen.

regierung insgesamt beendet werden. Was die Kommunen wirklich brauchen, ist eine ausreichende und langfristige Finanzierung aller ihrer Aufga-

ben. Bei der äußerst wichtigen Aufgabe der Gesundheitsvorsorge und Unfallverhütung darf die Landesregierung sie nicht alleine lassen.

Schule für Flüchtlingskinder

Rund 1.000 Flüchtlingskinder im Alter zwischen sechs und sechzehn Jahren haben in hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen keinen Schulunterricht – und das oft bis zu einem halben Jahr. Die Bildungsgewerkschaft GEW wertet diese Umstände als einen Skandal. Sie fordert, dass auch Flüchtlingskinder von Anfang an eine Schule besuchen dürfen. Dazu müssen die Kinder zur Schule gefahren werden und es muss ausreichend Lehrkräfte geben. Barbara Cárdenas von der LINKE-Fraktion: „Es geht zu viel Zeit verloren, wenn die Kinder erst nach der Zuweisung in die Kommunen in die Schule kommen. In Berlin und dem Saarland funktioniert das bereits besser.“

Mandatswechsel



Barbara Cárdenas (l.) hat aus persönlichen Gründen ihr Mandat im Hessischen Landtag zum 1. November niedergelegt. Seit dem Einzug der LINKEN in den Landtag 2008 hat sie linke Positionen in der Bildungs- und Migrationspolitik sowie in den Bereichen Petitionen und Tierschutz vertreten.

Gabi Faulhaber (r.) rückt an Stelle von Barbara Cárdenas in den Hessischen Landtag nach. Gabi Faulhaber ist Mitglied im Landesvorstand der LINKEN. Hessen, Kreisvorsitzende und Kreistagsabgeordnete in der Wetterau und war viele Jahre stellvertretende Landesvorsitzende.

Kassel-Calden im Dauerschlaf

Linienflüge gab es nie. Nun haben auch die Ferienflieger den Betrieb von Kassel-Calden aus eingestellt. Für Sommer 2017 gibt es bislang keine Airline und keinen Urlaubsanbieter, die Flüge von Calden anbieten wollen. Obwohl das Land die Baukosten für den Regionalflughafen Kassel-Calden (280 Mio. €) vollständig aus Steuergeldern bezahlt hat, können die jährlichen Betriebskosten von 13,6 Mio. € nicht erwirtschaftet werden. Im Jahr 2015 machte der Flughafen 6 Mio. € Verlust. Den müssen sich das Land Hessen, die Stadt Kassel und die Gemeinde Calden teilen. DIE LINKE fordert „die Reißleine zu ziehen“ und den Flughafen zum Verkehrslandeplatz zurückzustufen.

Ganztagschulen sind in Hessen Mangelware

Der Pakt für den Nachmittag ist und bleibt eine Mogelpackung



Demonstration der Landesschülervertretung Hessen gegen Hausaufgaben und zusätzliche Belastungen in Wiesbaden am 7. Juli 2016

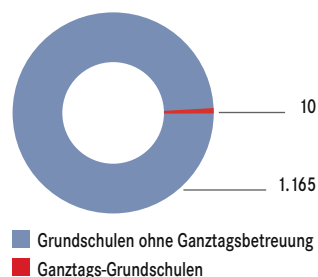
Seit Jahren wird um das Thema „Ganztagschulausbau“ im Hessischen Landtag heftig gestritten. Und dabei muss genau hingehört werden. Denn die Oppositionsparteien LINKE und SPD fordern echte Ganztagschulen. Schulen also, an denen über den Tag hinweg rhythmischer Unterricht und freiwillige Freizeitangebote in Verantwortung der Schule stattfinden.

Das Zaubermittel der schwarzgrünen Landesregierung hingegen heißt „Pakt für den Nachmittag“, der mit ech-

ter Ganztagschule jedoch wenig zu tun hat. Unter der Bezeichnung wird vereinnahmt, was in den Städten und Gemeinden schon längst angeboten wird – das nachmittägliche Betreuungsangebot für Grundschulkindern in Horten, betreuenden Grundschulen oder Fördervereinen. Mit einer ganztägig arbeitenden Schule hat dies nichts zu tun.

Dabei weist selbst die Bertelsmann-Stiftung seit Jahren auf die Notwendigkeit echter Ganztagschulen hin. Diese bauen Bildungsbarrieren ab

ANTEIL VON GANZTAGSSCHULEN DER 1.175 HESSISCHEN GRUNDSCHULEN



und sorgen dafür, dass der Bildungserfolg junger Menschen nicht so stark von deren sozialer und finanzieller Herkunft

abhängt. Es sind besonders die Grundschulen, die zu echten Ganztagschulen umstrukturiert werden müssten. Hier werden wichtige Voraussetzungen für die gesamte schulische Entwicklung geschaffen und die Grundlagen gelegt.

Doch genau hier passiert in Hessen seit Jahren zu wenig. Zum Schuljahr 2015/16 waren es lediglich sieben Grundschulen in Hessen (und im Übrigen kein einziges Gymnasium), die tatsächlich ganztägig arbeiteten. Damit ist Hessen im Vergleich zu anderen Bundesländern wieder einmal Schlusslicht.

Es ist eine Ironie, dass CDU und Grüne besonders im Bildungsbereich die Wahlfreiheit der Eltern für ihre Kinder betonen. Dabei bleibt Kultusminister Alexander Lorz (CDU) die Antwort schuldig, was es mit Wahlfreiheit zu tun hat, wenn für 99 Prozent der hessischen Eltern nur die Wahl besteht umzuziehen, wollen sie ihr Kind in einer echten Ganztagschule wissen.

Flüge auf die Züge

Jahrelang wurde behauptet, ohne den Ausbau sei der Frankfurter Flughafen nicht mehr konkurrenzfähig. Dabei bleibt die Zahl der Flüge von und nach Rhein-Main hinter den vorhergesagten Zahlen zurück. Nun setzt Fraport-Chef Schulte auf Billigfluglinien, um die zu großen Kapazitäten zu füllen. Dazu Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Hessischen Landtag: „Mehr Lärm, mehr Fein-

staub und mehr klimaschädliche Abgase durch Billigflieger sind der falsche Weg. Für den hessischen Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) bietet sich zum wiederholten Mal die Chance, wirklich etwas für den Gesundheits- und Klimaschutz zu tun. Statt mehr Billigflüge am Frankfurter Flughafen zu unterstützen, muss Al-Wazir für die Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schienen sorgen.“

Lärmobergrenzen

Nächstes Placebo gegen Fluglärm

Hessens grüner Verkehrsminister Tarek Al-Wazir hat die nächste Beruhigungspille für fluglärmgeplagte Menschen vorgestellt: Die sogenannte „Lärmobergrenze“. Was erst mal gut klingt, entpuppt sich als Mogelpackung und Geschenk für die Luftfahrtindustrie. Denn die Grenze soll noch oberhalb der heutigen Werte liegen, es dürfte also noch lauter werden. Außerdem ist keine Dynamisierung vorgesehen (jährliche Absenkung des Grenzwertes). Wenn die einzelnen Flugzeuge zukünftig leiser würden, könnten sogar immer mehr Flugzeuge starten. Der

technische Fortschritt leiserer Maschinen käme den Konzernen und nicht den Menschen in der Region zugute.

Nach dem Bau der Nordwestlandebahn und dem Spatenstich für das Terminal 3 werden die Kapazitäten am Flughafen immer weiter erhöht. Damit sich das lohnt, sollen jetzt auch noch Billigflieger angelockt werden.

DIE LINKE: „Die Grenze der Belastbarkeit ist längst überschritten. Notwendig sind eine Begrenzung der Flugbewegungen auf 380.000 im Jahr und ein echtes, achtstündiges Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.“



Berufsverbote – die Opfer müssen rehabilitiert und entschädigt werden

Am 28. Januar 1972 erließen die Ministerpräsidenten der Bundesländer unter dem Vorsitz des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt den sogenannten Radikalenerlass. Mehr als 3,5 Millionen Anfragen auf politische Überprüfungen durch den Verfassungsschutz wurden gestellt. Zahllose Menschen erhielten Berufsverbote oder wurden aus dem Öffentlichen Dienst entfernt. Willy Brandt bezeichnete Jahre später den Radikalenerlass als „Irrtum“. Die Opfer sind bis heute nur zum Teil rehabilitiert, Entschädigungen gab es nicht. Ein Bündnis aus GEW, IGM, ver.di und VVN-BdA zeigt u.a. eine Ausstellung im Frankfurter Gewerkschaftshaus. Sie zeigt die Geschichte der Berufsverbote in Deutschland vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart.

Regelsätze für Hartz IV viel zu niedrig angesetzt

Bedarfsdeckende sanktionsfreie Grundsicherung statt Hartz IV – als erstes müssen 2017 die Regelsätze deutlich erhöht werden

DIE LINKE hat beantragt, dass die Landesregierung im Bundesrat gegen die beschlossenen Änderungen bei Hartz IV stimmt – besonders gegen die neuen Regelsätze. Worum geht es dabei eigentlich genau?

Die Bundesregierung hat jetzt die Regelsätze für Hartz IV-Bezieher neu berechnet. Dabei wurden unsachgemäße Abschläge von ca. 140 Euro pro Monat vorgenommen. Ein Viertel der tatsächlichen Ausgaben der Menschen, die als Beispiel für die Berechnung gelten, wurden als „nicht regelsatzrelevant“ eingestuft und einfach nicht berücksich-

tigt. Der Strom wurde zu gering berechnet und der Ansatz für Mobilität ermöglicht nur sechs Mal im Monat mit dem Bus zu fahren.

Besonders die Kinderarmut nimmt zu. Die Regelsätze für Kinder unter sechs Jahren sollen gar nicht erhöht werden. Dies führt beispielsweise dazu, dass der Bedarf an Bildung für Kinder in diesem Alter auf 0,68 Euro festgelegt wurde und für Hygieneartikel wie Windeln gerade einmal 3,87 Euro pro Monat angesetzt werden. Dafür kann nicht einmal eine halbe Packung gekauft werden.

Aber nur die Neuregelung ablehnen reicht ja auch nicht, oder? Hartz IV bleibt ja weiterhin Armut per Gesetz.

Genau! Deshalb fordern wir eine hessische Initiative im Bundesrat, eine bedarfsdeckende Grundsicherung einzuführen und Hartz IV abzuschaffen. Die Landesregierung soll außerdem veranlassen, dass von allen Trägern der SGB-II-Leistungen die Kosten für Unterkunft in Hessen vollständig übernommen werden.

Unabhängige Erwerbsloseninitiativen sollen dabei un-



Foto: gregory_lee / istockphoto.com

terstützt werden, Menschen im Grundsicherungsbezug zu beraten.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist in Gefahr, weil

Menschen mit den Hartz-Gesetzen unter Druck gesetzt werden, auch noch schlechteste Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. DIE LINKE setzt sich für

eine Grundsicherung ein, die eine würdevolle Existenz und eine Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben gewährleistet.



Marjana Schott, sozialpolitische Sprecherin DIE LINKE im Hessischen Landtag

Weniger Zwang – mehr Selbstbestimmung

Eine psychische Erkrankung ist für jeden Menschen und das dazu gehörige soziale Umfeld eine große Belastung. Ob Depression oder wahnhaftige Erkrankung – immer noch existieren Vorurteile.

Dabei handelt es sich um Erkrankungen, die einer richtigen und schnellen Diagnose und einer guten Behandlung bedürfen. Wie bei anderen Krankheiten soll die Behandlung möglichst schonend, mit so wenigen Medikamenten und mit so viel Teilhabe wie möglich am normalen Leben einhergehen.

ORIENTIERUNG AUF MODERNE PSYCHIATRIE VON NÖTEN

Hilft uns dabei das neue Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz der Landesregierung? DIE LINKE sagt: nur bedingt. Es wird Zeit, dass das alte Gesetz weggemacht, das von 1952 stammt. Es fehlt aber die klare Bestimmung, wie man an die ambulanten Hilfen kommen kann. Es fehlt eine gute Ausstattung der Gesundheits-

ämter, die eine gute Infrastruktur vor Ort entwickeln sollen. Es fehlt eine Orientierung auf eine moderne Psychiatrie, in der auch die Klinik eher ambulant als stationär tätig ist und die Selbstheilungskräfte der Patientinnen und Patienten fördert. Das Gesetz sieht zu viele Zwangshandlungen gegen kranke Menschen vor.

GESETZ SOLL 2017 IN KRAFT TRETEN

Hier sind Medizin und die Pflege gefordert, alles dafür zu tun, um Eingriffe gegen das Selbstbestimmungsrecht zu vermeiden. Es gibt einige Kliniken in Deutschland und anderen Ländern, die hier gute Erfahrungen machen. Die hessische Landesregierung sollte sich dem öffnen und diese zum Standard machen.

Das Gesetz ist in der Beratung, Anfang 2017 findet im Ausschuss die Anhörung statt, die Verabschiedung kurz darauf. Jetzt gibt es noch Möglichkeiten Einfluss zu nehmen.

Priska Hinz ignoriert Gesetzgebung

Rückstandshalden von K+S verseuchen Grundwasser

Im Sommer wurde durch das Eingreifen thüringischer Behörden öffentlich, dass es im Untergrund der K+S Halde in Hattorf (Philippsthal) zu einer Verseuchung des Grundwassers durch Salz und Schwermetalle gekommen ist. Zum Schutz der Bevölkerung hat das Thüringer Landesverwaltungsamt die Nutzung der betroffenen Gewässer verboten.

VERSEUCHUNGEN SEIT 2011 BEKANNT

Nach eigener Darstellung sei der Konzernleitung von K+S die Grundwasserverseuchung schon seit 2011 bekannt und sie habe diese auch den hessischen Behörden gemeldet. Die Hessische Umweltministerin Priska Hinz will davon aber erst im Sommer dieses Jahres erfahren haben.

Geradezu abenteuerlich ist die Argumentation der grünen Umweltministerin, dass von dem schwermetallbelasteten Grundwasser keine Gefahr ausginge, weil es nicht als Trinkwasser genutzt werde.



Foto: BUND Thüringen

Das Wasserhaushaltsgesetz regelt ganz klar, dass das Grundwasser – nicht nur Trinkwasser – allerhöchstem Schutz bedarf. Abfälle müssen so gelagert werden, dass von ihnen keine Gefahr ausgehen

kann. Auch wegen der Versalzung des Grundwassers fordert die LINKE seit Jahren, dass alle Halden spätestens bis zum Ende der Kaliproduktion wieder unter Tage verbracht werden müssen.

Reform der Erbschaftsteuer

Fortsetzung der Subventionierung des Großkapitals

Warum hat die große Koalition überhaupt eine Reform der Erbschaftsteuer angestoßen?

Das Bundesverfassungsgericht hatte festgestellt, dass die Verschonung von Betriebsvermögen bei der Erbschaftsteuer zu weit ging und verfassungswidrig war. Einer der Verfassungsrichter sprach in der mündlichen

Verhandlung sogar von einer „Subventionierung des Großkapitals“.

Nachdem sich CDU/CSU und SPD im Bund geeinigt haben und der Bundesrat zugestimmt hat, ist das neue Gesetz doch sicher ein guter Kompromiss?

Ganz und gar nicht! Die SPD hat sich von CDU und CSU im Bund vorführen lassen und die Grünen haben im Bundesrat zugestimmt. Und das, obwohl allen Experten klar war, dass auch die neue Regelung verfassungswidrig ist.

Aber ist es nicht richtig, dass Union, SPD und Grüne kleine Betriebe bei der Erbschaftsteuer besonders schonen?

Auch wenn sich die große Koalition sehr bemüht hat diesen Eindruck zu erwecken – darum ging es bei der Reform gar nicht. CDU/CSU und SPD haben beschlossen, vor allem große Unternehmenserbschaften

auch weiterhin fast vollständig von der Erbschaftsteuer zu befreien. Der Skandal ist, dass diese Milliardenerbenschaften viel geringer besteuert werden, als wesentlich kleinere private Erbschaften.

Was bedeutet denn die Erbschaftsteuerreform für Hessen?

Zunächst einmal wurde eine Chance verpasst, endlich große Erbschaften angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen. Statt der Fortsetzung der Subventionierung des Großkapitals brauchen wir eine Erbschaftsteuer, die wieder zu Umverteilung beiträgt – allein für Hessen könnte das Mehreinnahmen von etwa 160 Millionen Euro im Jahr bedeuten. Geld, das wir dringend brauchen, um in Bildung und Infrastruktur zu investieren und vor allem: um mehr Geld für soziale Gerechtigkeit zur Verfügung zu stellen.



Willi van Ooyen, finanzpolitischer Sprecher DIE LINKE, im Hessischen Landtag



Am 17. September 2016 demonstrierten in Frankfurt und sechs weiteren Städten hunderttausende Menschen gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Beide Abkommen setzen den ‚Wert‘ des Freihandels über ökologische und soziale Regeln. Sie gefährden durch die geplanten Sonderklagerechte für Investoren die Demokratie und sind ein Angriff auf Umwelt, kommunale Daseinsvorsorge, den Sozialstaat und den Verbraucherschutz.

Sozialstaat verteidigen

Ursachen für Benachteiligung abbauen

Die Hessische Verfassung ist 1946 in Kraft getreten und seitdem weitgehend unverändert. Das Besondere an ihr ist die einmalige historische Verbindung von demokratischem Sozialismus und christlicher Soziallehre. Aus linker Sicht sollte die Verantwortung des Staates für den Ausgleich sozialer Gegensätze und die Erreichung der tatsächlichen sozialen Gleichberechtigung festgeschrieben werden. Dies kann der Staat aktiv durch die Beseitigung von sozialen Nachteilen erreichen.

NIE WIEDER KRIEG UND FASCHISMUS

Die Verfassung ist in vielen Bereichen von der historischen Erkenntnis geprägt, dass es nie wieder Krieg geben dürfe. Auch, dass Krieg und Faschismus etwas mit wirtschaftlicher Macht und einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu tun haben, ist ein Grundsatz, den es zu erhalten gilt.

Das in der Verfassung enthaltene Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Freiheit zu politischer Macht, die Bestimmung, die Wirtschaft müsse dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs dienen sowie die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer und die antifaschistischen Grundkategorien dürfen nicht verwässert oder aus der Verfassung gestrichen werden. Nach Auffassung der LINKE-Fraktion müssen insbesondere die

antikapitalistischen und den Krieg ächtenden Passagen der Verfassung erhalten werden.

Es geht um die wichtigsten Grundvoraussetzungen eines sozial gerechten Lebens für alle Menschen. Es geht um Wohnen, Bildung, Arbeit, Gesundheit und soziale Sicherheit, das Streikrecht und die Rechte der Kinder. Ebenso muss ein der Genfer Flüchtlingskonvention entsprechender Standard beim Grundrecht auf Asyl formuliert werden. Und wir brauchen Diskriminierungsverbote wegen der sexuellen Orientierung, genetischer Dispositionen oder des Alters.



Ulrich Wilken, rechtspolitischer Sprecher DIE LINKE, im Hessischen Landtag

IMPRESSUM

DIE LINKE. Fraktion
im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1–3
65183 Wiesbaden
Telefon 0611 350 60 90
Fax 0611 350 60 91

die-linke@ltg.hessen.de
linksfraktion-hessen.de

Redaktion: J. Cezanne, H. Hoefl
Gestaltung: J. Güttler
Druck: Mediaservice

Weiterer „Leuchtturm“ bröckelt

Der Landesrechnungshof hat bereits im Sommer den Fortbestand des House of Logistics and Mobility (Holm) am Frankfurter Flughafen in Frage gestellt. Laut Rechnungshof musste das Land Hessen von 2010 bis 2014 8,3 Mio. € Fehlbeträge des Holm ausgleichen. Der Mietvertrag mit dem privaten Investor des Gebäudes läuft über 30 Jahre. Da sich nicht genügend Mieter finden, ist mit einem Verlust von 15 Mio. € zu rechnen. Das Haus ist eines der „Leuchtturmprojekte“ des früheren hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU). Ziel sollte es sein, ein interdisziplinäres Entwicklungs- und Forschungszentrum für Logistik und Mobilität zu schaffen.

Neues von der „Gurkentruppe“

Der NSU-Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtags bemüht sich seit zwei Jahren um Aufklärung in Sachen Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Was dabei zu Tage tritt, lässt einem die Haare zu Berge stehen: Da sprach der ehemalige Direktor des Landesamtes, Herr Irrgang, von den „Konkurrenzunternehmen“ Verfassungsschutz und Polizei. Ein anderer alter „Schlapphut“ bezeichnete die NPD als „konservativ“. Ein Dritter verteidigte die Unterstützung des Verfassungsschutzes für seinen unter Mordverdacht geratenen Mitarbeiter Andreas Temme damit, sein „Bauchgefühl“ habe ihm gesagt, der Mann sei unschuldig. Auch die ständige Vertreterin des Vizepräsidenten des Bundesamtes, bezeichnete den hessischen



Kollage S. Scholl | Quellen: A. Kalmbach, PublicDomainPictures

Geheimdienst als „verkrustet“, freundlich ausgedrückt.

Jüngst fanden wir im Ausschuss heraus, dass das Landesamt beabsichtigt hatte, Andreas Temme wieder in den Dienst zu nehmen und ihm somit auch den Umgang mit hochsensiblen Daten zu ge-

statten – noch während die Polizei gegen den Mann wegen Mordverdachts ermittelte.

Allein der Umstand, dass die Presse Wind von dem Verdacht gegen Temme bekam, verhinderte diesen ungeheuerlichen Vorgang. Der Schutz der Spitzel und der Behörde scheint

das höchste Rechtsgut für den Dienst zu sein. Parlamentarische Kontrolle wird als akute Gefahr betrachtet. Ausgerechnet diese Behörde erhält jedes Jahr mehr Gelder und Personal von der schwarzgrünen Landesregierung, während überall sonst gespart wird.

Da war es schon sehr erfrischend, als ein Beamter des Landespolizeipräsidiums – gefragt nach seiner Einschätzung des Amtes – die Geheimdienstler schlichtweg als „Gurkentruppe“ bezeichnet hatte.



Hermann Schaus, innenpolitischer Sprecher DIE LINKE, im Hessischen Landtag